

Call for Papers

für ein M&K-Themenheft

Telegram in der politischen Öffentlichkeit

Gastherausgeber: Gregor Wiedemann, Jan-Hinrik Schmidt, Jan Rau, Felix Münch & Philipp Kessling

Der 2013 in Russland gegründete Instant-Messaging-Dienst *Telegram* hat sich in den letzten Jahren mit mehr als 700 Mio. monatlich aktiven Nutzer*innen zu einem der größten Social-Media-Dienste weltweit entwickelt. Auch in Deutschland spielt Telegram eine zunehmend wichtige Rolle nicht nur in der privaten Kommunikation, sondern auch für den politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Dies hängt mit den besonderen Funktionen zusammen, die Telegram seinen Nutzer*innen bietet. Anders als der Messenger-Konkurrent WhatsApp, der die Teilnehmerzahl in Chats auf 256 beschränkt, erlaubt Telegram private sowie öffentliche Chatgruppen mit bis zu 200.000 Mitgliedern. Zudem besteht die Möglichkeit, „Kanäle“ ohne Teilnehmerbegrenzung zu erstellen, in denen lediglich Kanalersteller und Administratoren Nachrichten posten können, die dort anschließend auch zeitlich bis zur Kanalerstellung zurückgehend eingesehen werden können. Diese Eigenschaften deuten darauf hin, dass auf Telegram nicht mehr nur private Kommunikation, sondern durchaus öffentliche Kommunikation stattfindet. Gleichzeitig unterscheidet sich die kommunikative Architektur von Telegram von der, die Plattformen wie Twitter, Facebook oder Instagram kennzeichnet.

Diese hybriden Eigenschaften haben lange Zeit zu Unsicherheiten darüber geführt, ob es sich bei Telegram um einen Dienst zur Individualkommunikation oder um ein soziales Netzwerk im Regulierungsbereich des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) handelt. Erst 2021 kam das Bundesamt für Justiz (BfJ) zu dem Ergebnis, dass Telegram unter das NetzDG falle und folglich u. a. in Deutschland strafbare Inhalte von seiner Plattform entfernen müsse. Das BfJ sieht sich seitdem mit dem Umstand konfrontiert, keinen direkten Kontakt zur Betreiberfirma zu bekommen, denn die Webseite telegram.org nennt schlicht kein Impressum. Über das Entwicklerteam ist bekannt, dass es sich hauptsächlich in Dubai befinden soll. Das Unternehmen selbst gibt an, im Gegensatz zur Konkurrenz von Meta „sichere“ Kommunikationswerkzeuge zum Schutz der Privatsphäre seiner Nutzer*innen anzubieten. Möglichkeiten zur Überprüfung dieser Behauptungen gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung existieren jedoch nicht. Gleichzeitig gibt sich das Unternehmen resistent gegen behördliche „Zensur“, indem es – anders als die Konkurrenz – die Inhalte seiner Nutzer*innen kaum moderiert oder löscht, auch wenn diese in einzelnen Ländern offensichtliche Diskriminierungen oder gar Straftaten darstellen.

All diese Eigenschaften scheinen Telegram in den USA und Europa zu einem attraktiven Kommunikationsort für Akteure der extremen Rechten gemacht zu haben. Aber auch andere Communities, die aus verschiedenen Gründen eine gewisse „Staatsferne“ bei ihrer öffentlichen Kommunikation bevorzugen, nutzen den Instant-Messaging-Dienst. In Deutschland verzeichnete Telegram mit Beginn der Coronapandemie großen Zulauf aus Kreisen von Kritiker*innen der Corona-Politik und Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen bis hin zu offen rechtsextremen Akteur*innen. Erste Forschungsbefunde deuten zudem auf eine erhöhte Relevanz der Plattform bei der Organisation lokaler Protestereignisse und der Mobilisierung hierfür hin, deren inhaltliche Schwerpunkte sich

seit der ausgehenden Coronapandemie nun auf die inländischen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine (Inflation, hohe Energiepreise etc.) richten. Zudem gibt es Hinweise auf die strategische Vernetzung mit anderen nationalen Diskursen sowie auf Versuche der Einflussnahme durch gezielte Desinformation aus dem Ausland. So lässt sich vermuten, dass Telegram erheblich zur Polarisierung der politischen Öffentlichkeit beiträgt.

Die Forschungslage zu Bedeutung und Auswirkungen von Telegram auf die politische Öffentlichkeit ist derzeit noch recht überschaubar. Daher ruft M&K zu Angeboten für ein Themenheft auf und lädt Artikel ein, die beispielsweise

- einen methodischen Beitrag zur Telegram-Forschung liefern und das Forschungsfeld für andere Kommunikations- und Sozialwissenschaftler*innen erschließen,
- sich mit forschungsethischen Fragen zu Telegram als hybrider Gebilde zwischen privatem Messaging und öffentlicher politischer Diskussionsplattform auseinandersetzen,
- sich mit rechtlichen Fragen der Plattformregulierung von Telegram durch DSGVO, NetzDG, DSA und anderer einschlägiger Normen auseinandersetzen,
- Erkenntnisse über typische Telegram-Nutzungsgruppen mit Hilfe von Instrumenten aus der Einstellungsforschung gewinnen,
- Kommunikationsinhalte und -Netzwerke hinsichtlich der Frage von Polarisierung der politischen Öffentlichkeit untersuchen,
- internationale Verflechtungen der Plattformkommunikation in den Blick nehmen,
- plattformvergleichende Analysen (z. B. zur Kommunikation auf Twitter) sowie Vergleiche mit massenmedialen Diskursen vornehmen,
- die plattformübergreifende Ausbreitung von Information beobachtbar machen,
- den Einfluss von (ausländischer) Desinformation auf politische Diskurse untersuchen,
- den Zusammenhang von Telegram-Aktivitäten mit Protestgeschehen in lokalen Gemeinschaften erhellen oder
- Geschäftsmodelle der Plattformbetreiber, Werbenden und Werbezielgruppen analysieren.

Kolleg*innen, die einen Beitrag zu diesem Themenheft beisteuern möchten, werden gebeten, bis zum **15. Dezember 2022** ein Extended Abstract ihres Manuskriptangebots an die Redaktion zu senden (max. 6.000 Zeichen inkl. Leerzeichen). Auf Basis der Abstracts wird die Redaktion zusammen mit den Herausgebern ein Konzept erstellen und die Autor*innen entsprechend einladen, bis **Ende März 2023** ein Manuskript anzubieten. Über die Annahme der Manuskripte wird nach dem üblichen Begutachtungsverfahren von M&K entschieden. Das Themenheft soll im 4. Quartal 2023 erscheinen.

Adresse: Redaktion Medien & Kommunikationswissenschaft, Christiane Matzen, c.matzen@leibniz-hbi.de